



Bundes- tags- brief



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222
Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Nr. 73 • Die Woche im Bundestag • 07.05.2010

Hilfen für Griechenland – Stabilität des Euro

Gestern haben wir in einer Sondersitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über die Situation in Griechenland beraten.

Dabei ist deutlich geworden, dass es zu dem jetzt eingeschlagenen Weg keine verantwortbare Alternative gibt.

Wir bereiten nun die Verabschiedung des Gesetzes zum Erhalt der Stabilität der Währungsunion am kommenden Freitag vor und werden uns in einer weiteren Sondersitzung am kommenden Donnerstag noch einmal mit dem Gesetz und den erforderlichen begleitenden Maßnahmen befassen.

Wir machen Deutschland zur Bildungsrepublik – Berufsbildungsbericht

Die christlich-liberale Koalition ist im Herbst des letzten Jahres angetreten, um die Bundesrepublik auf den Weg zur Bildungsrepublik zu bringen.

Die Investitionen in Bildung und Forschung steigern wir deshalb massiv: Bis 2013 werden wir zusätzlich 12 Mrd. Euro bereitstellen. Die berufliche Bildung ist ein zentraler Bestandteil dieses Prozesses.

Der Berufsbildungsbericht 2010, den das Kabinett in der vergangenen Woche beschlossen hat, macht deutlich, dass sich in der Wirtschafts- und Finanzkrise auch die Ausbildungssituation für Jugendliche nicht wesentlich verschlechtert hat.

Im vergangenen Jahr waren erneut mehr freie Lehrstellen zu verzeichnen als unversorgte Bewerber. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dankt allen Ausbildungsbetrieben des Jahres 2008/2009 für ihr Engagement und appelliert an

die Wirtschaft, in ihren Anstrengungen nicht nachzulassen.

Zugleich zeigt der Berufsbildungsbericht aber auch, dass eine große Zahl junger Menschen nicht ausbildungsreif ist und ihnen damit der Übergang von der Schule in den Beruf schwer fällt.

Insgesamt verfügen 15 % der jungen Erwachsenen zwischen 20 und 29 Jahren und fast 40 % der ausländischen Jugendlichen über keinen Berufsabschluss.

Mit dieser hohen Zahl finden wir uns nicht ab. Dabei geht es nicht nur um „Fachkräftemangel“ und „Negativeffekte“ auf unsere Wirtschaft, sondern insbesondere um die Lebenschancen unserer jungen Menschen.

Wir wollen deshalb mit einer Ausbildungsoffensive, insbesondere für Jugendliche mit Migrationshintergrund, gezielt zur Bildungsintegration beitragen.

Dazu gehört die frühzeitige individuelle Förderung der Jugendlichen ebenso wie die Ausschöpfung der Ausbildungspotentiale ausländischer Unternehmen.

Anlässlich der Vorlage des Berufsbildungsberichtes 2010 hat Bundesministerin Annette Schavan eine neue Initiative „Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“ vorgeschlagen, mit der der Übergang in die berufliche Ausbildung gefördert werden kann.

In Zusammenarbeit mit den Ländern und Sozialpartnern sollen im Rahmen dieser Initiative bildungsgefährdete Jugendliche von der 7. Klasse an bis zum Ausbildungsabschluss durch Bildungslotsen begleitet werden.

Politik für die Beitragszahler – Reform der Arzneimittelversorgung

Um die Kostensteigerungen im Gesundheitssystem zu begrenzen, fordern wir auch von den Pharmaunternehmen einen solidarischen Beitrag ein.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat deshalb gemeinsam mit unserem Koalitionspartner im März ein Maßnahmenbündel erarbeitet, das einen weiteren Anstieg der überproportional angewachsenen Arzneimittelausgaben verhindern soll.

Entsprechende Eckpunkte hat das Kabinett am vergangenen Mittwoch beschlossen. Kurzfristig wollen wir die Ausgabenzuwächse bei den Arzneimitteln durch ein Preismoratorium und durch eine Erhöhung des Rabatts begrenzen, den Pharmaunternehmen für eine bestimmte Arzneimittelgruppe den gesetzlichen Krankenkassen einräumen müssen.

Langfristig wollen wir durch ein neues Instrumentarium sicher stellen, dass bei der Erstattung neuer und besonders teurer Arzneimittel die Versicherten nur für einen tatsächlichen Zusatznutzen, nicht aber für eine Scheininnovation zahlen.

Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes steht zur Verabschiedung an

In zweiter und dritter Lesung wollen wir das Änderungsgesetz in dieser Woche debattieren. Mit ihm wird der Ausbau der Photovoltaik weiter vorangetrieben, etwa durch die Verdoppelung des Ausbauzieles.

Zugleich wollen wir die im Koalitionsvertrag vereinbarte Senkung der Überförderung der Photovoltaik infolge stark gesunkener Modulpreise umsetzen.

Neben differenzierten Vergütungsabsenkungen wird die Förderung von Freiflächenanlagen auf Anlagen ausgerichtet, die auf versiegelten Flächen, Konversionsstandorten und entlang von Autobahnen und Schienenwegen errichtet werden.

Eine Vergütung für Anlagen auf Ackerflächen entfällt ab dem 1. Juli 2010. Ausgenommen

hiervon sind Anlagen, die zum 25. März 2010 bereits einen Bebauungsplan vorweisen konnten und bis zum Ende des Jahres 2010 in Betrieb

Konjunkturbedingte Verbesserung am Arbeitsmarkt

Die Zahl der Erwerbslosen ist im April um 162.000 auf 3,406 Millionen gesunken. Im Vergleich zum April des Vorjahres waren 178.000 Menschen weniger ohne Arbeit. Die Arbeitslosenquote ging damit auf 8,1 % zurück. Dass die Zahl der Arbeitslosen auch saisonbereinigt um 68.000 sank, macht deutlich, dass der Rückgang der Arbeitslosigkeit seine auch in einer konjunkturellen Aufhellung hat.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

Wirtschaftskrise wirkt sich kaum auf Zahl der Unternehmensgründer aus

2009 betrug die Rate der gesamten neuen unternehmerischen Aktivität in Deutschland 4,1 % und unterschied sich damit nicht deutlich von den Vorjahren. So standen im vergangenen Jahr 2,2 % der 18- bis 64-Jährigen im Begriff, ein Unternehmen zu gründen. Weitere 1,9 % hatten sich während der vergangenen dreieinhalb Jahre selbständig gemacht.

(Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)

Soziale Marktwirtschaft hilft durch die Krise

Dank der sozialen Marktwirtschaft ist Deutschland vergleichsweise gut durch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008/2009 gekommen. Die sozialen Sicherungssysteme wirken stabilisierend und helfen, die Krisenfolgen abzufedern.

Zu diesem Ergebnis kommt eine international vergleichende Untersuchung der Bertelsmann Stiftung über das Krisenmanagement in 14 Staaten. Einrichtungen wie Kurzarbeit oder Arbeitszeitkonten, die zu Beginn der Krise bereits existierten und nur angepasst werden mussten, stellen einen klaren Vorteil gegenüber anderen Ländern dar. Sie erweisen sich als eine neue Form von automatisch wirkenden Stabilisatoren.

(Quelle: Bertelsmann Stiftung)